

Protokoll

der 3. Sitzung (2. Teil) des Parlamentes der Studentenschaft
der Technischen Hochschule Darmstadt 1964/65 am 28. Nov. 1964

Tagungsort: Berlin-Eckkamp, ARTU-Gästehaus, Harbigstr. 9

Beginn 14,30 Uhr.

Anwesende Parlamentarier: Fräulein Schade, die Herren Pies, Hennige, Gauf, Feuerhake, Eckert, Meiners, Weigle, Reich, Lorschiedter, Petry, Weimann, Eißfeldt, Noesgen, Bistritschan, Kosub, Tettey, Rehwalde, Bischoff, Sperlich, Diefenbach, Woite, Blank, Kreß, Reuning, Schempp, Kugler, Hill, Neuefeind.
v. Felgel-Farukolt

Asta: Herr Kauffmann, Bistritschan, Hertel, Rittmannsperger, Schempp, Winter, Oster, Kümmel, Zuber.

Ältestenrat: die Herren Harries, Fitjer, Schwarze, Rauck.

Gäste: die Herren Baberschke, Stoltz, Ruhnau, Pfohl, Eigenbrod, Müller, Neitzel, Chary, Lochau, Frl. Helga Schmidt, Herr K.J. Schmidt, Herr Ronniger und Herr Schneider.

Herr Harries begrüßt die Parlamentarier und Gäste und weist daraufhin, daß der Berlinaufenthalt zur politischen Bildung beitragen soll und daß die persönlichen Kontakte der Teilnehmer während dieser Tage zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit führen mögen.

Fortsetzung der Tagesordnung:

- 12.) Diskussion über die Deutsche Studentenzeitung (DSZ),
- 13.) Diskussion über Fachschaften und Fachverbände,
- 14.) Bericht über Auslandskontakte 1965,
- 15.) Diskussion über Anregungen zur Geschäftsordnung,
- 16.) Verschiedenes.

TOP 12

Diskussion über die Deutsche Studentenzeitung (DSZ)

Herr Schempp gibt einen Bericht über die VDS-Pressereferenten-Tagung im Nov. 64 und die Vorschläge zur DSZ. Die Diskussion über die DSZ war auf der Tagung dadurch behindert, daß die Referenten über die Vorschläge zur DSZ nicht informiert waren.

Der Vorschlag zur DSZ:

Publikationssorgen des VDS mit Berichten, Informationen, Diskussionsbeiträgen, Leserzuschriften.

Auflage: 40. 000 (bei 270 000 Studenten)

Erscheinen: 11 mal im Jahr

Seitenzahl: ca. 8 Seiten Reklame,
ca. 8 Seiten Text (mit Abbildungen)

Kosten: 80 000 DM im Jahr für Redaktion, Zeilengelder, Klischees, Fotos, Reisen

80 000.-- DM Herstellungskosten werden vom Verlag für Überlassung der Werbeanzeigen finanziert.

<u>Redaktion:</u>	1.) Chefredakteur	(ca. 1000.-- DM Gehalt)
	2.) Redakteur	(ca. 1000.-- DM. "
	3.) Sekretärin	(ca. 800.-- DM. "

34 000.-- DM. /Jahr.

Druck: Zeitungsrotationsdruck auf besseres Zeitungspapier.

Format: ungefähr 20 x 30 cm

Die DSZ wird kostenlos verteilt, dadurch Beitragserhöhung von -,15 DM pro Student und Semester an den VDS.

Die vorgeschlagene Form der DSZ und ein Publikationsorgan, das über reine Information hinausgeht, wurden von den Pressereferenten abgelehnt. Der Vorschlag, einen Presse-ausschuß aus den anwesenden Referenten zu bilden zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlages, wurde angenommen.

Ferner wies Herr Schempp auf die Vorteile und Nachteile der DSZ hin.

Gegenvorschlag von Herrn Schempp:

- 1.) Aktivierung und Intensivierung der Pressearbeit des VDS-Pressereferates durch zusätzliche Arbeitskraft
(heute Pressereferentin : Fräulein Wehlte
Sekretärin, Sachbearbeiterin: Fräulein Matches)
- a) wöchentliches Informationsblatt des VDS an die einzelnen AStA,
- b) ausführlichere Information, gegliedert nach Ressorts (Soziales, Politik usw.)
- c) Diskussionsbeiträge, Berichte usw. an die einzelnen Studentenzeitungen, da diese Artikel durch eine zeitliche Verzögerung nicht an Aktualität verlieren.

Herr Kosub befürwortet den Gegenvorschlag.

Herr v. Felgel-Farnholz weist auf einige Vor- und Nachteile hin. Durch die DSZ sei eine Aufklärungsarbeit bis zum einzelnen Studenten möglich. Ferner sei eine einheitliche, fachkundige Information und Leitung möglich im Gegensatz zu der unterschiedlichen Arbeit der Pressereferate. Den Zuspruch, den die Zeitung erhält, hängt nur von der Aktualität ab, nicht davon, ob die Zeitung kostenlos ausgegeben würde. Die Erfahrungen mit dem Hochschuldienst seien in Berlin gut.

Herr Kauffmann: Die Erfahrungen in Darmstadt mit dem Hochschuldienst seien schlecht.

Herr Stolz: Durch die VDS-Information ist eine genaue aktuelle Information möglich, eine Zeitung dagegen ist nicht aktuell. Durch eine Pflichtbezahlung im Voraus fehlt jegliche Kontrolle, da der Absatz gesichert ist.

Herr Eckert: schlägt vor, die VDS-Informationen in der Studentenzeitung zu veröffentlichen.

TOP 13

Diskussion über Fachschaften und Fachverbände.

Herr Kreß berichtet über die Möglichkeiten und bisherigen Vorschläge des VDS zur Einrichtung zentraler Fachverbandsbüros, um die Arbeit in den einzelnen Fachverbänden zu koordinieren und zentral zu leiten. Ein Vorschlag sieht die Einrichtung von drei Fachverbandsbüros an verschiedenen Hochschulen im Gebiet der BRD vor. Die FV-Vorsitzenden müssen ihr Studium jeweils an den Hochschulort verlegen, wo das FV-Büro ist.

Herr Weigle: In der Fachschaft MB besteht bereits ein selbstständiges Fachschaftsbüro in München. Der Vorschlag zur Einrichtung von drei Büros ist schwierig in der Durchführung. Die bisherigen Tagungen in der Fachschaft MB erlauben eine gute Information und eine begrenzte Schulung. Jedoch läuft dies auf eine Zentralisierung und auf ein Berufsfunktionärstum hinaus.

Herr Meiners: In der Fachschaft Architektur verhält es sich ebenso. Ein ständiger Wechsel bringt unzumutbare Belastungen. Auch ohne spezielle Schulung ist eine produktive Arbeit möglich.

Herr Kreß: Ein zentrales selbstständiges Büro bedeutet keine unnötige Belastung eines AStA, ferner entfällt die Überführung der Akten. Da die Fachschaften von jüngeren Studenten getragen werden, ist eine zentrale, fachkundige Leitung nötig.

Herr Meiners: Wie ist die Arbeit eines Fachverbandsvorstandes?

2. Gibt es spezielle Fälle von Nichtbeachtung der Akten?
3. Vorschlag, daß ältere erfahrene Studenten die Fachschaft leiten.

Herr Kreß: An den Technischen Hochschulen ist die Arbeit sowohl in den Fachschaften als auch im Fachverband gut. In Fachschaften geisteswissenschaftlicher Fächer ist es vorgekommen, daß Akten verschwunden sind.

Herr Schempp: ^{Verbände} Fachschaftsarbeit kann zentral von oben geleitet werden oder lokal von unten her aufgebaut werden mit koordinierender Aufgabe des Verbandes. Die letztere Methode funktioniert an den Techn.-Hochschulen, an den Universitäten nicht. Bisher waren die Fachverbände finanziell unabhängig. Herr Schempp schlägt vor, vom VDS 250.000 DM. den Verbänden zur Verfügung zu stellen und damit die Arbeit von unten her aufzubauen.

Herr Bistritschan: Es fehlt an Koordination zwischen den Fachschaften (z.B. bei der Studienplanreform) Deshalb Koordinierung von oben. Ein AStA kann 1 bis 2 Fachverbandsbüros tragen.

Herr Baberschke: Die Einrichtung zentrales Büro wirft drei Fragen auf:

- 1.) Finanzierungsproblem, erst später wichtig
- 2.) Aktenproblem, nicht relevant.
- 3.) sachliche Gründe

Bei bisher gut funktionierender Aufbauarbeit tritt ein Verlust der Selbständigkeit ein. Wenn die Arbeit bisher nicht funktionierte, nützt auch keine obere Behörde. Ferner hat der AStA genug Einflußmöglichkeiten auf das Funktionieren der Fachschaftsarbeit. Die bisherige Organisation der Fachverbände hat sich bewährt. Das Parlament hat Einfluß auf die zum VDS gesandten Studenten und damit Einfluß auf die zentrale Macht des VDS, ebenso wie die Fachschaftsvertreter im AStA Einfluß haben. Dennoch besteht keine Gefahr des Auseinanderlaufens.

Herr Hertel:

^{Jüchter}
Herr Gürtler vom VDS ist auch für starke Fachschaften im AStA und keine Schwächung der Fachschaften.

Herr Kauffmann:

Es soll ein Vorschlag ausgearbeitet und dem AStA und dem Parlament vorgelegt werden .

Herr Weigle:

Vom Darmstädter AStA wurde bisher nicht genug auf Koordinierung geachtet.

Herr Kümmel:

Es war üblich, daß die Fachschaftsvertreter in Fragen der Koordinierung zum AStA kamen.

Herr Baberschke:

Nur ein Mann, der von unten unterstützt wird, wird durch aufbauende Arbeit bei Senatssitzungen gehört.

Herr Bistritschan:

Ferner muß eine Frage bevor sie in die Öffentlichkeit dringt, mit Fachschaftsleitern und AStA abgesprochen sein.

Herr Meiners:

Geschäftsordnungsmäßiger Antrag auf Schluß der Debatte.

Der Antrag wird angenommen.

TOP 14

Bericht über Auslandskontakte 1965

Herr Kreß weist auf die Kontakte der Bauingenieure nach Polen hin. Die Kontakte sind fruchtbar, aber in zu kleinem Rahmen durchgeführt. Im Jahr 1965 soll eine größere Streuung in der Studentenschaft erreicht werden, mit Hilfe von AStA, KSG, ESG, RCDS, LSD, SDS, SHB und Fachschaften.

Es wird geplant Kontakte nach

- 1.) Polen, Universität Danzig (Praktikantenaustausch)
CSSR, Jugoslawien
- 2.) Frankreich (Lyon, Nates), England (Birmingham),
Finnland (Helsinki).

Sie sollen im Juli und September 1965 stattfinden.

Zur besseren Gestaltung und Koordinierung soll ein Ausschuß gebildet werden z.B. zur gemeinsamen Beschaffung von Mitteln und gemeinsamen Auftreten im Namen der Studentenschaft.

Herr Bischoff verlangt Aufschluß darüber, ob die einzelnen Gruppen, wie ursprünglich geplant, gleich - zeitig kommen sollen, oder ob sich die Aufenthaltszeiten in Darmstadt häufig überschneiden werden.

Herr Kreß: Es war ein Treffen der ausländischen Studentengruppen geplant, es läßt sich aber nicht durchführen. Die Gruppen müssen zu verschiedenen Zeiten in Darmstadt weilen. Der Ausschuß soll nicht nach außen auftreten, sondern nur Beratung, Koordinierung und Auftreten gegenüber den fördernden Stellen und der Presse durchführen.

Herr Tettey: Kontakte sollen nicht nur zu Ostblockländern und anderen speziellen Ländern gehen. Die Studenten, die bisher an den Kontakten teilgenommen haben, sind nicht bekannt.

Herr Kreß : In Zukunft soll die gesamte Studentenschaft beteiligt werden an Kontakten, die von einer Gruppe organisiert werden.

Herr Bistritschan: Die Vorbereitung solcher Kontakte ist bisher nicht publiziert worden, aber der Student muß auch von sich aus Interesse zeigen.

Herr Rauck:

- 1.) Wie sollen die Kontakte ausgeweitet werden ?
- 2.) Wieviele Gruppen sollen eingeladen werden ?
- 3.) Wie soll das Programm während des Aufenthaltes in Darmstadt gestaltet werden,
(z.B. Kontakt zu den Studenten)
- 4.) Auslandsreferent soll den Ausschuß leiten.

Herr Kreß: Die Gruppen sollen eine Stärke von 10-15 Mann haben. Aus Frankreich sollen jeweils 4-5 freie Studenten eingeladen werden.

Herr Rittmannsperger, der Leiter des Ausschusses werden soll, macht diese Tätigkeit nicht im Rahmen seines Amtes als Politreferent.

Herr Rauck schlägt vor, bei Kontakten zu ausländischen Hochschulen Verbindung mit Stipendiaten aus diesen Ländern an der THD aufzunehmen.

Herr Reich : Im August sind normalerweise wegen der Ferien wenig Möglichkeiten, das studentische Leben kennen zu lernen.
Sind die Kontakte im September geplant, wie lange für jede Gruppe und treten Überschneidungen auf ?

Herr Kreß: Die Gruppen aus den Ostblockländern werden wahrscheinlich Ende August - September kommen. Die entsprechende Koordinierung wird der Ausschuß durchführen.

Herr Rauck: Auf welcher Ebene finden die Kontakte statt ? Kontakte werden kostspielig, dafür müssen entsprechende Mittel freigemacht werden, z.B. von dem Stipendium für einen afrikanischen Flüchtlingsstudenten .

Herr Kreß: Es besteht noch keine Klarheit über die Kontakte und die Gestaltung der Tage in Darmstadt. Aus finanziellen Mitteln stehen zur Verfügung:
1.) 1500.-- DM Auslandsreferat
2.) Mittel aus dem Afrikaner Stipendium, da es sich nicht bewährt hat.
3.) Mittel aus: " Wir lesen für Sie" Darmstädter Blätter. Für die Beschaffung der Mittel soll der Ausschuß sorgen.

Herr Bistritschan: Beschaffung der Mittel ist Aufgabe der Finanzreferenten. Ferner können die Erlöse aus dem Hochschulfest dafür verwendet werden.

TOP 15

Diskussion über Anregungen zur Geschäftsordnung

Herr Fitjer: Dem letzten Parlament wurde ein Entwurf einer neuen Geschäftsordnung vorgelegt. Aufgrund großer Mängel wurde er zurückgestellt. Wahrscheinlich wird dem jetzigen Parlament ein neu erarbeiteter Entwurf vorgelegt.
Der hierzu bestimmte Ausschuß bestehend aus Herrn Fitjer, Herrn Harries und Herrn Franke hat sämtliche Hochschulen gebeten, ihnen ein Exemplar ihrer Geschäftsordnung zuzusenden, um daraus Anregungen zu entnehmen. Einige Punkte sollen jetzt schon im Parlament diskutiert werden, um die Meinung des Parlaments im Entwurf berücksichtigen zu können:

- 1.) Anfechtbarkeit eines Entschlusses
- 2.) Geschäftsordnungsmäßige Erleichterung bei Annahme eines Antrages, wenn kein Widerspruch herrscht.
- 3.) Maßnahmen des Parlamentspräsidenten zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Parlament
- 4.) Abstimmung mit über 50 % Enthaltungen
- 5.) Parlamentsarbeit in den Ferien
- 6.) Fraktionsbildung im Parlament
- 7.) Unterbrechung einer Sitzung
- 8.) Regelung einer Entlastung
- 9.) Parlamentssitzung mit festgelegten regelmäßigen Terminen

- 10.) Entschuldigung für Nichtteilnehmen an einer Parlamentssitzung
- 11.) Geheimprotokoll über Punkte, die unter Ausschuß der Öffentlichkeit behandelt werden.
- 12.) Regelungen um die Kontinuität beim Übergang der Sitzungsperioden zu gewährleisten.
- 13.) Dauer einer Sitzung (höchstens 4 Stunden)
- 14.) Übereinstimmung der abgegebenen Stimmen mit der Zahl der Anwesenden
- 15.) Beschlußfähigkeit, solange nicht das Gegenteil festgestellt wird, keine Auszählung der Stimmen bei offensichtlicher Mehrheit.

Zu Punkt 8

Herr Reich schlägt vor, nur mit Einstimmigkeit zu entlasten.

Herr Bistritschan weist daraufhin, daß eine zusätzliche Kontrolle für den Finanzreferenten durch den Landesrechnungshof besteht.

Herr Hertel: Es gibt auch Angelegenheiten, die vom Parlament beanstandet werden können, die aber der Landesrechnungshof nicht prüft.

Herr Scharze: Es gibt keine Rechtsgrundlage für die Absprache mit der Hochschule, daß nur vom Parlament entlastete Studenten exmatrikuliert werden.

Herr Baberschke hält die bisherige Regelung der Entlastung sinnvoll.

Herr Kauffmann schlägt vor, ein Rechtsgutachten einzuholen über die Möglichkeiten und Folgen einer Entlastung.

Zu Punkt 15

Herr Kümmel: Werden Punkte wegen Beschlußunfähigkeit des Parlaments vertagt, können sie in der nächsten Sitzung, auch bei Beschlußunfähigkeit des Parlaments, behandelt werden. Dadurch ist eine Sicherung gegen Manipulierung verbunden. Ausnahmen müssen für wichtige Angelegenheiten festgelegt werden z.B. Wahlen.

Herr Fitjer: Bei politischen Entscheidungen muß 2/3 Mehrheit gefordert werden.

Herr Kauffmann: Die untere Grenze für die Beschlußfähigkeit des Parlaments soll in der 2. Sitzung (bei Beschlußunfähigkeit in der 1. Sitzung) bei ~~3/3~~ 1/3 der Parlamentsmitglieder liegen. Ein Übereinstimmen der abgezählten Stimmen und den Anwesenden ist nicht nötig. Das Abstimmungsergebnis soll nur bei wichtigen Punkten festgestellt werden. Beschlußunfähigkeit des Parlaments soll nur auf Antrag festgestellt werden. Allerdings muß dann eine Sicherung sein, falls die Zahl der anwesenden Parlamentsmitglieder zu klein ist.

Herr Kümmel: Für geschäftsordnungsmäßige Anträge gibt es keine Beschlußunfähigkeit. Es ist Aufgabe des Protokollführers die Beschlußunfähigkeit festzustellen.

Herr Fitjer schlägt als Sicherung vor, daß jeder bei wichtigen Punkten die Feststellung der Beschlußfähigkeit beantragen kann.

Zu Punkt 9, 13

Herr Kümmel befürwortet regelmäßige Sitzungen mit zeitlicher Begrenzung. Wenn viel Arbeit vorliegt, kann der Parlamentspräsident das Parlament zu einer zusätzlichen Sitzung einladen.

Zu Punkt 3

Herr Fitjer: Der Ordnungsruf des Präsidenten einem Redner gegenüber kann eine Beschränkung bedeuten. Jedoch ist manchmal eine Beschränkung des Einzelnen für eine sinnvolle Arbeit des Parlaments notwendig.

Herr Baberschke: Der Ordnungsruf muß im Ermessen des Präsidenten liegen.

TOP 16

Verschiedenes

Herr Volker Gauf (E.-Technik) stellt seinen Sitz im Parlament zur Verfügung, da er in Berlin studiert.

Herr Werner ^{Nei}Mitzel wird gemäß der Wahlordnung nachrücken und von der 4. Sitzung an stimmberechtigter Parlamentarier sein.

Der Präsident schließt die Sitzung um 17.¹⁵ Uhr mit der Feststellung, daß es eine der besten Sitzungen gewesen sei, die er während der letzten Jahre erlebt hat.

Berlin, den 28. Nov. 1964

Für das Protokoll:

Für den Vorstand:

Andreas Wilmann

U. Kaufmann

Der Präsident:

H. Lammes

Ausgehängt am: 8. 12. 64

abgehängt am: 15. 12. 64

genehmigt am: 15. 12. 64

mit *Stekl.* Stimmen
genehmigt:

ohne Gegenstimme

H. Kocals